

„Dauerdruck macht krank“

Vizekanzler und SPD-Chef Sigmar Gabriel findet, dass Beschäftigte nach Dienstschluss keine E-Mails oder Anrufe mehr bekommen sollen. Seine Partei möchte er wieder mehrheitsfähig machen und rückt sie deshalb in die Mitte der Gesellschaft. Liberale heißt er in der SPD willkommen

Energiewende, Europawahl und die digitale Reform-Agenda. Zeit zum Durchatmen hatte Vizekanzler und SPD-Chef Sigmar Gabriel zuletzt kaum. Nun, im Sommer, konnte er ein wenig entspannen. Mittlerweile hat der politische Alltag wieder so richtig Fahrt aufgenommen. Für einen Fototermin zum Interview hatte Gabriel dieses Mal keine Zeit.

VON STEFAN AUST,
MANUEL BEWARDER
UND MARTIN GREIVE

WELT AM SONNTAG: Herr Gabriel, Sie versuchen, einmal pro Woche Ihre Tochter aus der Kita abzuholen. Klappt das Vorhaben?

SIGMAR GABRIEL: Natürlich ist das bei einer 70- bis 80-Stunden-Woche schwierig, aber es klappt doch relativ häufig. Aber fragen Sie mal irgendein anderes Paar, bei dem beide berufstätig sind. Es ist für viele Familien schwierig, Arbeit und Leben in ein vernünftiges Verhältnis zu bekommen. Ich bin aufgrund meiner Position eher in einer privilegierten Lage.

Wie wichtig ist es für Sie, vom Job abschalten zu können?

Ich glaube, das ist für jeden Menschen wichtig. Für mich ist es wichtig, Zeit für meine Familie, Nachbarn und Freunde zu haben – damit ich nicht in Versuchung komme zu glauben, dass mein Alltag in der Politik das Normale ist. Wer nur mit Menschen aus Politik, Medien oder Interessenverbänden unterwegs ist, hält das irgendwann für die Realität. Genau das ist es aber nicht. Das Leben der allermeisten Menschen spielt sich ganz woanders ab.

In der SPD gibt es die Forderung nach einem „Recht auf Feierabend“. Arbeitgeber sollen nach Dienstschluss ihren Beschäftigten keine E-Mails mehr schicken. Ist das richtig? Früher waren Arbeitstage für die allermeisten Arbeitnehmer klar definiert. Man hat acht Stunden gearbeitet, und anschließend war Feierabend. Diese Grenze hat sich in den letzten Jahrzehnten zunehmend aufgelöst. Aus der Arbeitsmedizin wissen wir, dass Menschen davon krank werden, weil sie sich unter Dauerdruck fühlen. Immer den Eindruck zu haben, die Arbeit sei noch nicht geschafft, lässt ja keine Ruhe aufkommen. Die aber braucht jeder Mensch, um sich zu erholen. Es ist daher im Interesse von Unternehmen, dafür zu sorgen, dass Arbeitnehmer nicht dauerhaft dieser Belastung ausgesetzt sind. Ich kann es nur begrüßen, wenn Unternehmen darüber nachdenken, wie sie Mitarbeitern den Stress nehmen können, auch nach Feierabend erreichbar sein zu müssen.

Die Politik soll nicht eingreifen? Zunächst sollten die Tarifpartner darüber reden. Dort ist die Nähe zum Arbeitsalltag in den jeweiligen Branchen am größten.

Wenn Sie selbst spät abends eine Mail an die Generalsekretärin schreiben –



SIGMAR GABRIEL
SOMMER IST
FÜR MICH ...

mehr Zeit mit meiner Familie verbringen zu können.

überlegen Sie dann: Muss das jetzt wirklich sein?

Ich gebe zu: nicht immer. (lächelt)

Um das Umfragetief zu verlassen, umwerben Sie die Mittelschicht. Wann stoppen Sie die kalte Progression in der Einkommensteuer? Tarifierhöhungen müssen zuallererst in den Taschen der Arbeitnehmer und nicht in der Tasche des Finanzministers landen. Es macht Sinn, mit dem Abbau der kalten Progression noch in dieser Legislaturperiode zu beginnen und bei den unteren Einkommen anzufangen.

Wie weit muss die SPD in die Mitte rutschen, um mehrheitsfähig zu sein? Es geht nicht darum, irgendwo „hinzu-rutschen“, sondern Politik für die Mehrheit der Bevölkerung zu machen. Dann übrigens akzeptiert diese Mehrheit auch eher, wenn man auch Politik für Minderheiten in der Gesellschaft macht. Für die SPD muss es immer darum gehen, ein Bündnis zu schließen: zwischen denen, die der Solidarität bedürfen, und denen, die bereit sind, Solidarität zu gewähren, ohne selbst darauf angewiesen zu sein. Das klappt nur, wenn dabei Leistung und Gegenleistung in einem angemessenen Verhältnis stehen. Die SPD war immer dann besonders erfolgreich, wenn sie sich selbst als sozial und als liberal verstanden hat. Liberal nicht im Sinn der alten und verkorkten FDP, sondern bil-

dundungs- und aufstiegsorientiert, freiheitsliebend und ökonomisch vernünftig.

Das Wort „liberal“ bringen nicht viele mit Ihrer Partei zusammen.

Willy Brandt war ein liberaler Geist, und Helmut Schmidt und Gerhard Schröder handelten ökonomisch vernünftig, um soziale Spielräume überhaupt erst möglich zu machen. Liberalismus bedeutet im Kern, Menschen vor der Übermacht des Staates genauso wie vor der Übermacht des Marktes zu schützen. Die SPD muss sich für Bürgerrechte, unternehmerische Freiheiten und die Freiheits-spielräume der Menschen genauso engagieren wie für soziale Sicherheit. Wir können nicht nur der Betriebsrat der Nation sein. Wir müssen auch die Frage beantworten, wie Deutschlands Wirtschaft in der Weltspitze bleiben kann.

FDP-Wähler sind bei Ihnen also herzlich willkommen?

Ja. Wer aber Liberalismus vor allem mit Steuersenkungen für Wohlhabende und Abbau von Arbeitnehmerrechten verbindet, den werden und wollen wir nicht erreichen.

Die SPD will 2017 wieder den Kanzler stellen. Ist dieses Vorhaben nicht aussichtslos, solange Angela Merkel an der Spitze der Union steht?

Natürlich hängt der Erfolg der CDU/CSU von der Person Angela Merkel ab.

Schon ein kleiner Vergleich mit der letzten Legislaturperiode von CDU/CSU und FDP zeigt allerdings, dass sie nur mit der SPD regierungsfähig ist. Man erinnere sich nur an diese fürchterliche Koalition, die sich gegenseitig mit Verbalinjurien belegt hat. Wir Sozialdemokraten sind die starke Seite der Kanzlerin. Und daraus müssen wir etwas machen.

Zuletzt ist die Regierung dadurch aufgefallen, dass sie ihre Meinung zu Waffenlieferungen in den Irak in wenigen Tagen komplett geändert hat.

Wir alle haben die Bilder und Berichte vom Vorrücken dieser mörderischen Terroristen im Irak gesehen. Und wir standen und stehen vor der Frage, wie wir denjenigen helfen können, die versuchen, diesem Terror Einhalt zu gebieten: der kurdischen Regionalregierung mit ihren Soldaten. Ich habe sehr früh nach einem Gespräch mit den Vertretern der Jesiden gesagt, dass wir keine denkbare Hilfe – auch die mit Waffen – ausschließen sollten. Hier geht es ja nicht um die wirtschaftlichen Interessen an einem Waffenexport. Sondern hier geht es um die Frage, ob wir zusehen, wie Menschen zu Tausenden verfolgt und ermordet werden. Ja, es gibt dabei auch das Risiko, dass Waffen aus Deutschland irgendwann in einer anderen Auseinandersetzung wieder auftauchen. Aber diesem möglichen Risiko steht die Gewissheit

gegenüber, dass ohne Unterstützung der Kurden die Menschen im Nordirak verfolgt und getötet werden. Niemand macht sich diese Abwägung leicht, ich auch nicht. Aber im Ergebnis bin ich bereit, das Risiko von Waffenlieferungen einzugehen, um den Kurden zu helfen, die mörderische Isis zu stoppen.

Aber die Waffen könnten in die falschen Hände geraten.

Die Frage ist doch vielmehr, ob wir tatenlos zuschauen und riskieren wollen, dass alle, die sich nicht dem Terror der Isis unterwerfen, ermordet werden.

Wie passt die Waffenlieferung in eine Krisenregion zu Ihrer restriktiven Politik bei Rüstungsexporten?

Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Klassische Rüstungsexporte verfolgen einen wirtschaftlichen Zweck: Ein Rüstungsunternehmen verdient Geld damit, Waffen an einen Staat zu verkaufen. Das ist nichts Verwerfliches, aber das wirtschaftliche Interesse muss immer zurücktreten hinter das außen- und sicherheitspolitische Interesse Deutschlands. Und die geltenden rechtlichen Vorschriften sagen dazu, dass wir außerhalb von EU, Nato und vergleichbaren Staaten nur in besonderen Ausnahmefällen Waffen exportieren dürfen. Im Fall der Terrorbekämpfung im Nordirak gibt es keinerlei wirtschaftliches Interesse, sondern wir reden über internationale

Nothilfe zur Selbstverteidigung. Und es gibt ein außen- und sicherheitspolitisches Interesse Deutschlands, die Terroristen der Isis zu stoppen.

Unionsfraktionschef Volker Kauder schlägt den Aufbau einer europäischen Rüstungsindustrie vor. Eine gute Idee?

Wir müssen drei Fragen klären. Erstens: Was sind die wehrtechnischen Fähigkeiten, die aus der Sicht Deutschlands sicherheitspolitisch und technologisch gebraucht werden? Zweitens: Welche können wir selbst durch eigene Aufträge oder Aufträge der Bündnispartner in Deutschland herstellen? Drittens: Welche können wir nur durch eine europäische Kooperation erhalten? Dazu gehört auch, dass wir mittel- und langfristige verteidigungspolitisch in Europa noch deutlich mehr zusammenarbeiten und zusammenwachsen müssen. Warum brauchen 28 befreundete Staaten eigentlich 28 Mal ein eigenes Heer, 28 Mal eine eigene Marine und 28 Mal eine eigene Luftwaffe? Und dann noch viele verschiedene technische Ausführungen des gleichen Waffensystems? Das zu ändern und zu einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik und einer gemeinsamen Verteidigungspolitik zu kommen ist sicher ein großes Ziel. Aber Europa soll für große Ziele da sein und nicht für die Regulierung der Füllmenge von Toilettenspülungen.

Die Kanzlerin war gerade in einer anderen Krisenregion, in Kiew. Wie kann sich Deutschland stärker in der Ukraine einbringen?

Vor allem geht es darum, eine unmittelbare militärische Konfrontation zwischen der Ukraine und Russland unter allen Umständen zu verhindern. Darüber hinaus müssen wir eine Idee entwickeln, wie nach dem Ende der militärischen Auseinandersetzung in der Ostukraine ein Versöhnungsprozess eingeleitet werden kann.

Wie sieht die Zukunft der Krim aus?

Niemand geht wohl derzeit davon aus, dass die Annexion der Krim durch Russland schnell rückgängig gemacht werden kann.

Zerfällt die Ukraine weiter?

Die territoriale Integrität der Ukraine kann nur erhalten werden, wenn man den Gebieten mit russischer Mehrheit ein Angebot macht. Ein kluges Konzept der Föderalisierung scheint mir der einzig gangbare Weg zu sein. Aber zuerst müssen die Waffen schweigen, und davon sind wir offenbar leider noch weit entfernt.

Haben Sie eine vergleichbare außenpolitische Lage mit so vielen Krisen schon einmal erlebt?

Ich habe nach dem Fall der Mauer gedacht, dass die Welt sicherer wird. Heute weiß ich, dass meine beiden Töchter in einer viel unsichereren Zeit leben werden. Das übrigens ist auch einer der Gründe, warum ich für eine restriktive Rüstungsexportpolitik bin. Manchmal braucht es auch Waffen, um Menschen zu schützen. Aber generell gilt: Mehr Waffen machen die Welt weder besser noch sicherer.

Behörden bedingt betriebsbereit

Die neue Superbehörde für Cybersicherheit sitzt in der Patsche. Die Regierung plant zwar Großes mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und hat per „Digitaler Agenda“ verkündet, viel Geld in das Bonner Haus zu stecken. Aktuell jedoch plagen das BSI akute Geldsorgen.

VON MANUEL BEWARDER
UND MARTIN GREIVE

Auf der Kippe steht etwa, ob die hochgelobte Behörde im Oktober dabei sein wird, wenn sich die Branche in Nürnberg zu einer der wichtigsten Fachmessen trifft. Derzeit gibt es dafür schlichtweg kein Budget. Außerdem muss bei der Entwicklung von Kryptogeräten gespart werden – und das angesichts der NSA-Spionageaffäre.

Warum das so ist? Wie diese Zeitung erfuhr, soll dem BSI insgesamt rund ein

Bundespolizei, Zoll und Co. sind nahezu zahlungsunfähig. Sie alle sind Opfer von Schäubles „schwarzer Null“

Drittel des Jahresbudgets von etwa 80 Millionen Euro weggebrochen sein.

Der finanzielle Einschnitt wurde vom Parlament verordnet. Die schwarz-rote Koalition will das von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) verkündete Ziel der Haushaltskonsolidierung unter keinen Umständen verfehlen. Doch bei den abschließenden Haushaltsberatungen im Juli klappte plötzlich eine Drei-

Milliarden-Lücke, weil Einnahmen aus der Brennelementesteuer wegzuberechnen drohen. Um das Loch zu stopfen, hat der Bundestag beschlossen, dass alle Bundesbehörden nicht mehr auf Mittel zurückgreifen dürfen, die im Vorjahr übrig geblieben sind.

Betroffen von der Sperre ist nicht nur das BSI. Sämtliche Bundesbehörden müssen sparen: Zoll, Umweltbundesamt, Bundesnetzagentur – die Liste ist lang. Beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe fehlt angeblich etwa ein Fünftel des eingeplanten Etats. Beim Technischen Hilfswerk klafft ein Loch von 2,9 Millionen Euro. „Dies stellt natürlich für uns eine Herausforderung dar“, teilt man mit.

Ausgaben für Personal sind nicht betroffen. Teilweise können Behörden aber lediglich jenes Geld ausgeben, das für die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs unerlässlich ist. Das Gesetz führt

zwar selbst ein paar Einsparmöglichkeiten an – etwa in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Dienstreisen oder Bewirtungen. Aber so wird wohl kaum die angepeilte Summe zusammenkommen.

Den Rotstift in besonderer Weise schwingen muss die Bundespolizei. Aus Kreisen des Präsidiums verlautet, man sei „nach derzeitigem Stand rechnerisch zahlungsunfähig“. Reinhard Brandl (CSU), der in der Unionsfraktion für diesen Bereich zuständige Haushälter, sagt dazu: Die Sperre bedeute „für einzelne Behörden wie die Bundespolizei kurzfristig starke Einschnitte“. Noch im April hatte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) die große Bedeutung der Bundespolizei in seiner Rede zum Haushaltsgesetz herausgestellt. Die Behörde mit ihren fast 38.000 Beschäftigten und einem Gesamtetat von jährlich rund 2,5 Milliarden Euro sei „das Rückgrat für die öffentliche Sicherheit in

Deutschland“, sagte der CDU-Politiker. „Jeden Tag, 365 Tage im Jahr.“

Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums versucht zu beruhigen. Konkrete Auswirkungen würden noch geprüft. Allein im Geschäftsbereich dieses Ministeriums summierten sich die nicht verfügbaren Mittel auf 240 Millionen Euro. Weiter erklärte der Sprecher, dass es im eigenen Geschäftsbereich aber keine Behörde gebe, der das Geld ausgegangen sei. Die Ausübung der gesetzlich vorgesehenen Aufgaben sei gesichert. Die Einsparsumme bedeute jedoch für alle Häuser eine „erhebliche Herausforderung“ und führe zu „Schwierigkeiten“.

Das Bizarre ist, dass es viele Politiker offensichtlich überrascht hat, zu welcher Geldnot ihr eigener Beschluss geführt hat. Mehrere Ministerien sind die Konsequenzen erst im Nachhinein klar geworden. „Das ist doch schon sehr, sehr eng gestrickt alles“, heißt es aus einem